Fragen Braunschweig-Spiegel Wilfried Steen

Antwort Dr. Carola Reimann MdB:

Die SPD hat sich immer als Friedenspartei verstanden. Als Urheberin der Entspannungspolitik während des Ost-West-Konflikts hat sie eine lange Tradition für vertrauensbildende Politik, Interessensausgleich, Transparenz staatlichen Handelns und bei der vertragsgestützten Abrüstung und Rüstungskontrolle. Diese vorausschauende Friedens- und Entspannungspolitik wollen wir zeitgemäß erneuern und weiterentwickeln. In der Außenpolitik wissen wir um die Verantwortung Deutschlands, nicht im Alleingang zu handeln, sondern zusammen mit seinen europäischen Partnern, im transatlantischen Bündnis und mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren. Dringend erforderlich sind wieder eine klare Orientierung und die Festlegung von Prioritäten im Bereich der Friedensförderung und Konflikttransformation. Wir treten nachdrücklich dafür ein, dass zivile Krisenprävention und Konfliktregelung wieder Vorrang in der deutschen und europäischen Außenpolitik haben. Dazu gehört auch eine übergreifende, abgestimmte und umfassende Strategie, um Strukturen und Entscheidungsprozesse effektiver zu gestalten. Wir wollen das unter sozialdemokratischer Führung entwickelte Konzept „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" weiterentwickeln.

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) hat sich als ein zivilgesellschaftliches Element der Krisenprävention bewährt und soll wieder gestärkt werden. Wir fordern, die personellen und finanziellen Ressourcen für zivile Maßnahmen zu verstetigen und mittelfristig auszubauen, um so die nationalen Ziele dauerhaft und mit einer auf Kontinuität ausgerichteten Perspektive umsetzen zu können. Dafür haben wir uns auch schon bisher eingesetzt. So hat die SPD-Bundestagsfraktion beispielsweise einen Antrag zum Bundeshaushalt 2013 gestellt, den Haushaltstitel für den ZFD für 2013 um zehn Millionen Euro auf 39 Millionen zu erhöhen und mit einer Verpflichtungsermächtigung von 25 Millionen Euro für die Folgejahre auszustatten. Unser Antrag wurde leider von Schwarz-Gelb abgelehnt.

Wir unterstützen aktiv die unverzichtbare Tätigkeit des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und setzen uns in der Europäischen Union für mehr Solidarität mit Flüchtlingen und für eine gerechtere Lastenverteilung bei ihrer Integration ein. Wir werden eine menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik in der EU voranbringen, einschließlich eines solidarischen Ausgleichs. Gemeinsam mit dem UNHCR werden wir ein bundesweites Programm für Resettlement für Kontingentflüchtlinge ausbauen und verstetigen.

Die Bundeswehr ist eine verfassungsgemäße Institution unseres demokratischen Gemeinwesens und damit fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie kann mit den Bundesländern, die dies wünschen, Kooperationsverträge zur politischen Bildung an Schulen abschließen, die sich einem pluralistischen, überparteilichen und unabhängigen Ansatz verpflichtet fühlen.
Die Jugendoffiziere sind Referenten der Bundeswehr für das Thema Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Sie sind Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Verteidigungsministeriums. Vor diesem Hintergrund betreiben sie als quasi- staatspolitischer Bildungsträger im öffentlichen Auftrag politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Die Jugendoffiziere haben den Auftrag, die politische Partizipation der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu fördern.
Die Jugendoffiziere können – genau wie die Vertreter anderer Organisationen und Vereinigungen - von den Schulen als externe Referenten eingeladen werden, wenn es Inhalt beziehungsweise Lehrplan erlauben.

Friedensbildung im Sinne von Erziehung zur internationalen Verständigung, zur gewaltfreien Konfliktaustragung, zur ethisch-moralischen Verantwortung und politischen Partizipation ist aus Sicht der SPD von großer Bedeutung, um Verantwortungsbewusstsein, Toleranz und Achtung vor der eigenen und fremden Kultur zu schaffen. Wir begrüßen daher, dass etliche

Bundesländer bereits Schulgesetze haben, die eine Friedenserziehung als besondere Bildungsaufgabe der Schule vorsehen.